

Zentrale Größe der Wirtschaftsstatistiken: das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Von Karl Schneider

Die Geschichte des Saarlandes ließe sich nicht so lebhaft darstellen und präzise nachvollziehen, wenn es die Wirtschaftsstatistiken nicht gäbe. Wie sonst wäre der Ruf vom monostrukturell geprägten Montanstandort entstanden, wenn nicht die Kohleförderung und die Stahlerzeugung bereits vor vielen Jahrzehnten regelmäßig und exakt aufgezeichnet worden wären? Wie sonst könnte man vom Saarland als Energieexportland sprechen, wenn nicht die Stromstatistiken dies Jahr für Jahr belegten? Wie sonst könnte das Saarland als Autoland bezeichnet werden, wenn die Kfz-Produktion und ihr Zulieferumfeld nicht bekannt wären?

Überall, wo wirtschaftliche Tätigkeit besteht und effizientes Handeln gefragt ist, werden die dazu gehörigen Statistiken benötigt. Statistik ist, einfach ausgedrückt, die systematische Beobachtung, Beschreibung und Beurteilung von Massenerscheinungen, und so, wie jedes Unternehmen regelmäßig seine Buchführung erstellt, um die eigene Position auf dem Markt und im Wettbewerb zu bestimmen, muss auch der Staat regelmäßig die ökonomischen Aktivitäten seiner Wirtschaftssubjekte beurteilen können. Wie erfolgreich seine Wirtschaftspolitik ist, misst er in der Regel am Bruttoinlandsprodukt (BIP), der zentralen Größe für die gesamtwirtschaftliche Leistung. Das Rechenwerk, mit dem sich das Bruttoinlandsprodukt und viele andere makroökonomische Größen bestimmen lassen, sind die **Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)**. Ausgehend vom föderalen Staatsgebilde der Bundesrepublik Deutschland gibt es Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Bund als Ganzes und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für die einzelnen Bundesländer. Für erstere ist das Statistische Bundesamt in Wiesbaden zuständig, während die Statistischen Landesämter sich bereits im Jahr 1954 im

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zusammenschlossen haben, um alle makroökonomischen Größen, die so genannten Aggregate, in arbeitsteiliger Form für jedes einzelne Bundesland zu berechnen. Für das gesamte Rechenwerk gelten dabei europaweit einheitliche Vorschriften (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, „ESVG 1995“) und damit auch stets die gleichen Methoden und Systematiken für die Bundesrechnung und die Länderrechnungen, so dass die Ergebnisse unmittelbar miteinander und auch auf europäischer Ebene vergleichbar sind.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen befassen sich im Wesentlichen mit der Produktion, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie der daraus resultierenden Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen. Daher spricht man auch von der Entstehungsrechnung, der Verteilungsrechnung und der Verwendungsrechnung (zusammen von der „Dreiseitenrechnung“), die die Zusammenhänge in einem Wirtschaftskreislauf verdeutlichen sollen und jede für sich genommen zum Bruttoinlandsprodukt führt. In der

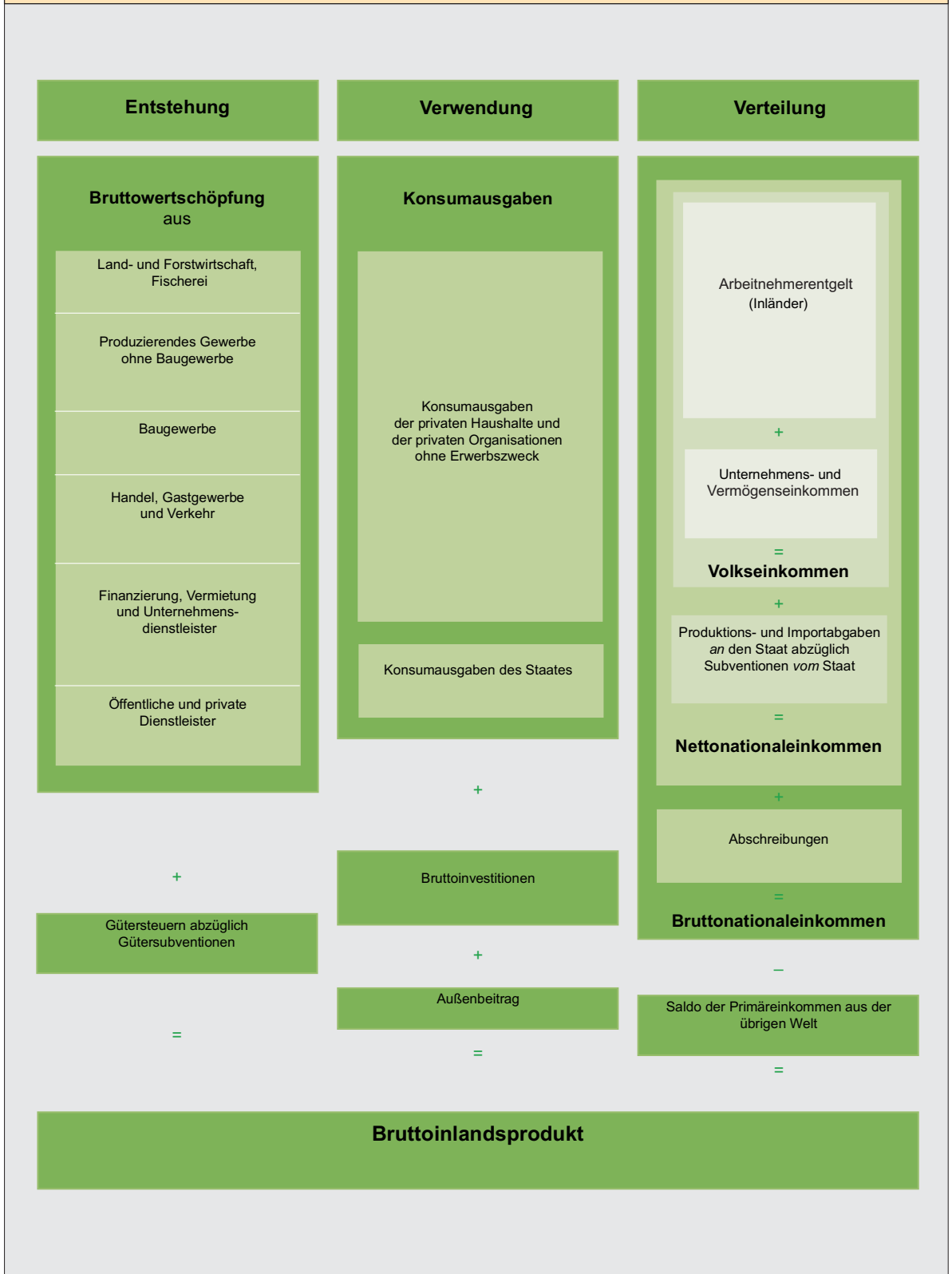
Entstehungsrechnung wird die Gesamtwirtschaft eines Bundeslandes (bzw. des Bundes) in einzelne Wirtschaftszweige (WZ) zerlegt, wie es nach der europäischen Klassifikation „NACE“ (bzw. der deutschen Ableitung „WZ-Systematik“) vorgeschrieben ist. Für jeden einzelnen Wirtschaftszweig muss dann sein Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, die so genannte Bruttowertschöpfung (BWS), ermittelt werden. Schön und einfach wäre es, wenn die Bruttowertschöpfung bei jedem einzelnen Betrieb, bei jeder öffentlichen Dienststelle oder jedem Privathaushalt direkt erfragt werden könnte wie zum Beispiel die Zahl der Beschäftigten oder die monatlichen Umsätze oder die vierteljährliche Produktionsmenge. Dies ist leider jedoch nicht der Fall, denn die Bruttowertschöpfung ist eine kalkulatorische Größe, die nach der Gleichung „Summe der Produktionswerte abzüglich der Vorleistungen“ zu berechnen ist und deshalb mehrere, zum Teil sehr komplizierte Rechenschritte erfordert. Da die einzelnen Wirtschaftszweige – angefangen von der Land- und Forstwirtschaft über die Industrie, den Handel und die Dienstleistungen bis hin zu den staatlichen und privaten Haushalten – sehr heterogen sind, müssen je nach Sektor unterschiedliche Rechenkonzepte zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung herangezogen werden. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen führen dazu keine eigenen Erhebungen durch, sondern bedienen sich in der Regel der vorhandenen Fachstatistiken. Je nach Wirtschaftszweig bestehen Fachstatistiken, die hauptsächlich für die BIP-Berechnung, also zur Konjunkturbeobachtung, durchgeführt werden, andere liefern überwiegend strukturelle Daten zur Einschätzung von Größenordnungen auf den unterschiedlichen Märkten. Hat man nach Auswertung aller notwendigen Informationen schließlich die Bruttowertschöpfungsbeträge für jede Branche ermittelt, ergibt sich in der Summe über alle Wirtschaftszweige die Bruttowertschöpfung der Gesamtwirt-

schaft. Addiert man den Saldo aus Gütersteuern und Subventionen hinzu (die in der bisherigen Berechnung, nach dem Konzept der Herstellungspreise, noch nicht einbezogen sind), so gelangt man zum Bruttoinlandsprodukt. Im Saarland erreicht es zurzeit einen jährlichen Betrag von rund 30 Mrd. Euro.

Bis hierher enthalten die Berechnungen allerdings nur die nominalen Größen, also Werte, die hauptsächlich aus den branchenspezifischen Umsatzerlösen stammen und daher von den aktuellen Preisveränderungen beeinflusst sind. Die reale, von Inflationseinflüssen bereinigte Wirtschaftsentwicklung, ist damit nicht darstellbar. Für diesen Zweck werden die Bruttowertschöpfungsbeträge der einzelnen Wirtschaftszweige deflationiert, indem man die Preisveränderungen gegenüber dem Vorjahr branchenweise herausrechnet, was in der Regel durch die Ergebnisse der Erzeugerpreisstatistik ermöglicht wird. Die preisbereinigte Veränderungsrate des BIP entspricht dann dem realen Wirtschaftswachstum.

Stets stehen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in einem Konflikt zwischen Aktualität und Qualität. Sobald das Kalenderjahr vorüber ist, erwarten die Wirtschaftsexperten voller Ungeduld die aktuellen Zahlen zur Konjunkturentwicklung, vor allem eben das Bruttoinlandsprodukt und seine Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr. Die Landesregierung braucht diese Zahlen, um sich gegenüber der Opposition und der breiten Öffentlichkeit von neutraler Seite eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik bestätigen zu lassen. Die Opposition will mit denselben Zahlen gerade das Gegenteil beweisen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute möchten prüfen, wie sehr sie sich mit ihren Konjunkturprognosen wieder einmal verschätzt haben. Die breite Öffentlichkeit fragt sich angesichts der scheinbar günsti-

S 1 Bruttoinlandsprodukt



gen Entwicklung, warum der Aufschwung an ihr vorübergeht. Und alle warten nach der Jahreswende auf die frischen BIP-Zahlen.

Dabei liegen in den ersten Wochen des neuen Jahres erst ganz wenige Konjunkturdaten für das abgelaufene Jahr vor. Um dennoch brauchbare Ergebnisse zur ersten Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung zu bekommen und ein vorläufiges BIP berechnen zu können, werden die Bruttowertschöpfungsbeträge des Vor-Vorjahres für die einzelnen Wirtschaftszweige mit bis dahin vorliegenden Hilfsgrößen als Konjunkturindikatoren fortgeschrieben. In erster Linie handelt es sich bei diesen Indikatoren um die Umsätze, die aus den kurzfristigen Fachstatistiken des Verarbeitenden Gewerbes, der Bauwirtschaft sowie des Handels- und Gastgewerbes stammen und mit ihren Veränderungsrate in die Berechnung der neuen Bruttowertschöpfung dieser Wirtschaftszweige eingehen. Andere Hilfsgrößen stellen physische Einheiten dar wie die Ernte- oder Schlachtmengen für die Landwirtschaft, die Nettostromerzeugung für die Energiewirtschaft oder die geleisteten Arbeitsstunden für den Schiffbau. Im Falle der staatlichen Haushalte wird die Entwicklung ihrer Personalausgaben als Hilfsindikator herangezogen. Aber längst nicht alle Branchen werden regelmäßig mit kurzfristigen Konjunkturstatistiken erfasst. Die Wirtschaftszweige, für die zu diesem frühen Zeitpunkt noch gar keine landesinternen Indikatoren vorliegen, werden mit einer bundeseinheitlichen Veränderungsrate fortgeschrieben, zum Beispiel mit der Entwicklung der Beschäftigten in diesem Sektor. Ein so berechnetes BIP kann dann natürlich auch nur vorläufig und deshalb noch wenig belastbar sein; nach und nach trudeln im Jahresverlauf dann die notwendigen Fachstatistiken ein und verbessern stetig die Qualität der Kalkulation, bis schließlich nach etwa drei Jahren die BIP- und BWS-Ergebnisse des

Berichtsjahres in der so genannten Originärberechnung als endgültig deklariert werden können. Aber selbst dann sind die BIP-Zahlen nicht vor weiteren Korrekturen gefeit, denn in etwa fünf- bis zehnjährigen Abständen müssen VGR-Revisionen durchgeführt werden, bei denen zum Beispiel eine neue Systematik oder eine wichtige Methodenänderung oder die volkswirtschaftlich relevanten Ergebnisse einer neuen Großzählung einzuarbeiten sind. Dann werden die BIP- und BWS-Beträge des aktuellen Jahres und der Vorjahre erneut angepasst, in der Regel rückwirkend bis zum Jahr 1991, dem Startjahr der neuen Zeitrechnung nach der deutschen Wiedervereinigung. Die letzte VGR-Revision gab es 2005, bei der unter anderem die jährlich wechselnde Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) für die Deflationierung anstelle der bis dahin geltenden Festpreisbasis („in Preisen von 1995“) eingeführt wurde. Die nächste Revision steht 2011 ins Haus, um vor allem das gesamte Rechenwerk auf die neue Wirtschaftszweigsystematik „NACE Rev. 2“ bzw. (in der deutschen Version) „WZ 2008“ umzustellen.

Die **Verteilungsrechnung** als zweites großes Teilgebiet der VGR knüpft zunächst an die Einkommensentstehungsrechnung an, deren zentrale Größen der Betriebsüberschuss (Selbständigeneinkommen) und das Arbeitnehmerentgelt sind. Damit wird gezeigt, wie sich die im Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Als weitere wichtige Aggregate ergeben sich hier das Bruttonationaleinkommen (früher als „Bruttosozialprodukt“ bezeichnet) sowie das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Letzteres ist der Betrag, der dem privaten Sektor für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht und somit wichtige Erkenntnisse über die so genannte Kaufkraft der Bevölkerung ermöglicht. In der regionalen Pro-Kopf-Dar-

stellung lassen sich daraus zum Beispiel konkrete Aussagen über die Angleichung der neuen an die alten Bundesländer ableiten oder aber auch Geschäftserwartungen und Marketingstrategien für ansiedlungswillige Firmen erwecken.

Die **Verwendungsrechnung**, das dritte Standbein der VGR, weist die letzte inländische Verwendung sowie die Ein- und Ausfuhr der produzierten Waren und gehaltenen Dienstleistungen nach. Ihre Hauptbestandteile sind demnach die privaten und staatlichen Konsumausgaben, die Bruttoanlageinvestitionen sowie der Restposten mit dem Außenbeitrag. Die Entwicklung der Konsumausgaben gibt Aufschluss über die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, während die Investitionen der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen dienen und eher wachstumsorientiert eingesetzt werden. Der Außenbeitrag als Saldo zwischen den Exporten und den Importen lässt sich im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen allerdings nur auf der nationalen, nicht auf der regionalen Ebene ermitteln. Für einen echten saarländischen Außenhandelsaldo müsste nicht nur der Warenaustausch mit dem Ausland, sondern auch der Güter- und Dienstleistungsverkehr mit den anderen Bundesländern bekannt sein, was jedoch statistisch nicht erfasst wird. Insofern sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesländer ein offenes Kreislaufsystem.

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche liefern unterschiedliche Beiträge zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Je nach Gestaltung der Fachstatistiken eignen sich diese mal eher, mal weniger gut für Zwecke der konjunkturellen Beobachtung. Dies hängt in erster Linie davon ab, welche Ziele mit der jeweiligen Statistik verfolgt werden. So stammen die **Landwirtschaftsstatistiken** mit ihrer jahrhundertelangen Tradition aus Zeiten, als die ausreichende Versorgung

Aktuelle Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2008) - Abschnitte

- A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- C Verarbeitendes Gewerbe
- D Energieversorgung
- E Wasserversorgung; Abwasser- u. Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- F Baugewerbe
- G Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen
- H Verkehr und Lagerei
- I Gastgewerbe
- J Information und Kommunikation
- K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- L Grundstücks- u. Wohnungswesen
- M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
- N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
- O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
- P Erziehung und Unterricht
- Q Gesundheits- und Sozialwesen
- R Kunst, Unterhaltung und Erholung
- S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
- T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung ...
- U Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln eine der wichtigsten Staatsaufgaben überhaupt war. Entsprechend vielseitig und umfangreich sind die Agrarerhebungen seither ausgestattet. Sie liefern einerseits Ergebnisse zur pflanzlichen und tierischen Produktion, also Erntemengen, Fleischanfall, Milch- und Eierzeugung. Andererseits berichten sie über die betrieblichen Verhältnisse und die Produktionsstrukturen und fragen nach

den Arbeitskräften, der Bodennutzung und der Viehhaltung¹. In neuerer Zeit werden auch ökologische Aspekte einbezogen. Wenn auch die Land- und Forstwirtschaft heute im Saarland nur noch einen Anteil von 0,2 Prozent (bundesweit 0,8 %) am Bruttoinlandsprodukt hat und damit gesamtwirtschaftlich nahezu unbedeutend ist, muss sie immer noch an ihrer damaligen Hauptaufgabe gemessen werden, die auch in Zeiten der Überversorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln ihre Existenz und ihren Aufwand gerechtfertigt erscheinen lässt.

Wie der Agrarsektor blickt auch die Industrie im Saarland auf eine traditionsreiche Geschichte zurück. Kohle und Stahl waren die Grundpfeiler der frühen Industrialisierung in unserer Region, und gerade das Saarland war in seiner wechselvollen Vergangenheit wegen dieses Reichtums oft genug Spielball der Interessen zwischen den beiden großen Staaten Deutschland und Frankreich. Bergbau und Stahlkochen beherrschten die Industrielandschaft entlang der Saarschiene bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, was in den offiziellen Statistiken der damaligen Zeit stets akribisch nachgewiesen wurde. Mit der Rückgliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland 1957/59 und der Einführung der Bundesstatistiken 1960 wurde das heute noch bestehende System der amtlichen **Industriestatistiken** übernommen. Kerntück ist das Produzierende Gewerbe, das in der Abgrenzung der aktuellen Wirtschaftszweigsystematik „WZ 2008“ den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das Verarbeitende Gewerbe, die Energieversorgung, die Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft samt Umweltschutz sowie das

Baugewerbe umfasst. Die Statistiken des Produzierenden Gewerbes bilden ein aufeinander abgestimmtes Geflecht einzelner Konjunktur- und Strukturhebungen. Bis zur Reform des statistischen Berichtssystems im Produzierenden Gewerbe im Jahr 1976 wurden in den monatlichen Konjunkturerhebungen nur Industriebetriebe mit mindestens zehn Beschäftigten erfasst. Da ab 1977 auch Handwerksbetriebe meldepflichtig waren, ging die Bezeichnung „Industrie“ im übergeordneten Begriff „Verarbeitendes Gewerbe“ auf. Außerdem wurde von da an der Berichtskreis auf alle Industrie- und Handwerksbetriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen festgelegt. Aufgrund der in der jüngsten Zeit immer stärker in den Vordergrund tretenden Bestrebungen zum Abbau bürokratischer Verpflichtungen bei den Unternehmen und zu Kosteneinsparungen in den Statistischen Ämtern steht inzwischen jedoch fast die gesamte Palette der amtlichen Statistiken auf dem Prüfstand. Im Verarbeitenden Gewerbe liegt seit dem Jahr 2007 die Untergrenze zur Erfassung der Betriebe für die monatlichen Konjunkturstatistiken bei 50 Beschäftigten. Damit hat sich zum Beispiel im Saarland die Anzahl der auskunftspflichtigen Industriebetriebe von bis dato etwa 500 um glatt die Hälfte verringert. Die kleineren Betriebe mit weniger als 50 Arbeitskräften werden zur Arrondierung des Gesamtbestandes jetzt nur noch einmal jährlich befragt. So erfreulich diese Entlastung für die Privatwirtschaft ist, so riskant ist sie für den Qualitätsanspruch der amtlichen Statistik. Wenn einzelne Erhebungen stark beschnitten oder gar vollständig gestrichen werden, sind mit solchen substantiellen Eingriffen auch immer wieder Informationsverluste verbunden, und wenn man

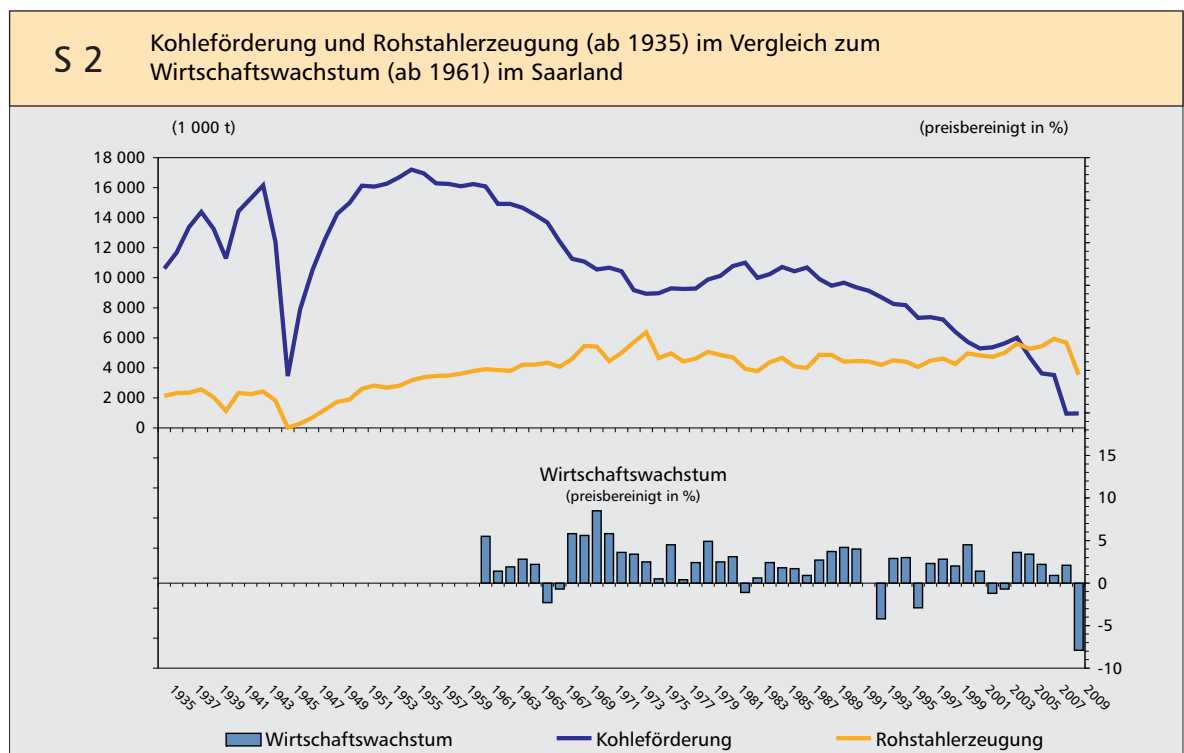
¹ So gab es 1935, im Gründungsjahr des Statistischen Amtes, im Saarland 28 579 landwirtschaftliche Betriebe (mit mehr als 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche), die 81 371 ha bewirtschafteten. Heute bestehen noch 1 326 Betriebe (mit mindestens 5 ha) bei einer Nutzfläche von 78 009 ha.

das wirtschaftsstatistische Instrumentarium auf diese Art verkürzt, wird auch die Aussagefähigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen insgesamt geschwächt.

Die kurzfristigen Monaterhebungen in der Industrie – über Auftragseingänge, Beschäftigte und Umsätze bis hin zu Arbeitsstunden, Löhnen und Gehältern sowie ausgewählten Güterproduktionen – dienen der Darstellung der konjunkturellen Situation, auch in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Strukturelle Fragestellungen können aus der vierteljährlichen Produktionserhebung und den Jahreserhebungen beantwortet werden. Damit lässt sich auch der tiefgreifende Strukturwandel im Saarland nachvollziehen. Kohle und Stahl waren zu der Zeit, als das Statistische Amt des Saarlandes gegründet wurde, die bei weitem dominierenden Industriesektoren. Der Aufschwung des Bergbaus begann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und führte in den 1920er-Jahren zu ersten Rekordergebnissen mit bis zu 14 Mio. Tonnen Kohleförde-

rung pro Jahr infolge der verstärkten Ausbeutung durch die französischen Machthaber. Seine Blütezeit erlebte der Bergbau in den fünfziger Jahren, mit einem Spitzenwert von über 17 Mio. Tonnen im Jahr 1955. Doch schon bald setzte die Kohlekrise ein, ausgelöst durch billigere Importkohle und Erdöl als Substitut. Von da an vollzog sich ein unaufhaltsamer Rückgang, mit leichten Zwischenhochs zu Beginn der achtziger Jahre und um das Jahr 2004, als auch der Saarbergbau vom rasanten Anstieg der globalen Kohlenachfrage profitierte. Die heftigen Grubenbeben im Februar 2008 beschleunigten dann aber den Niedergang der heimischen Steinkohle, deren Abbau nach dem politischen Willen im Jahr 2012 nun endgültig auslaufen wird. Zuletzt lag ihre Jahresförderung bei unter einer Mio. Tonnen.

Die Eisen- und Stahlindustrie besteht im Saarland bereits seit dem 17. Jahrhundert; sie bewirkte zusammen mit der Steinkohle („Montanindustrie“) im Jahr 1952 die Grün-



derung der grenzüberschreitenden Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – EGKS), die als die Keimzelle der Europäischen Union gilt. Die Entwicklung der Stahlindustrie verläuft nicht ganz so dramatisch wie die des Bergbaus, sondern folgt eher den großen Schwankungen der allgemeinen Konjunktur. Aber auch sie überlebte viele Jahre nur am staatlichen Subventionstropf. Deutliche Rückschläge gab es in den Krisenzeiten der siebziger und achtziger Jahre und zuletzt vor allem im Jahr 2009, als die Rohstahlproduktion des Saarlandes infolge der weltweiten Wirtschaftskrise im Vorjahresvergleich um 38 Prozent absackte.

Kohle und Stahl beherrschten die Saarwirtschaft bis vor wenigen Jahrzehnten. Die Zahl der Beschäftigten im Montanbereich lag im Rekordjahr 1924 bei über 113 000 Menschen (darunter 78 000 im Bergbau) und auch 1951 noch bei über 108 000, so dass damals fast jeder dritte Berufstätige im Saarland „auf der Grube“ oder „auf der Hütte“ beschäftigt war. Nach dem rasanten Strukturwandel, der sich generell in einem Rückgang des Produzierenden Gewerbes zugunsten der Dienstleistungsbereiche und speziell innerhalb der Industrie hin zum Automobilsektor und seiner Peripherie vollzog, bestehen gegenwärtig noch 3 600 Arbeitsplätze im Bergbau und gut 14 000 Stellen in der „Metallerzeugung und -bearbeitung“, wie die Eisen- und Stahlproduktion nach der amtlichen Klassifikation heute heißt. Seit Beginn der 1990er-Jahre ist die Kraftwagenherstellung der bedeutendste Industriezweig im Lande. Aus ganz bescheidenen Anfängen heraus – 1960 waren kaum tausend Personen im saarländischen Fahrzeugbau tätig – entwickelte sie sich nach erfolgreichen Ansiedlungen namhafter Firmen und Zulieferer zum größten industriellen Arbeitgeber an der Saar mit zwischenzeitlich über 24 000 Beschäftigten. Damit stellt sie bis zu 29 Prozent aller Arbeitsplätze und über 40 Prozent der Umsätze im Verarbei-

tenden Gewerbe. Zusammen mit den beiden anderen Hauptstützen der Industrie, dem Maschinenbau und der inzwischen wieder recht stabilen Stahlbranche, erlebte die Automobilproduktion im Jahr 2009 dann ebenfalls ihre ärgste Krise, die die gesamte Saarwirtschaft in die schlimmste Rezession seit der Rückgliederung in die Bundesrepublik Deutschland mit hinab zog. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte 2009 im Saarland preisbereinigt um 7,9 Prozent, so heftig wie noch nie in der Geschichte unseres Landes.

In der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung kennzeichnet ein kontinuierlicher Anteilsverlust die Entwicklung der Saarindustrie in der Nachkriegszeit. Gemessen an der Bruttowertschöpfung erbringt das Produzierende Gewerbe gegenwärtig nur noch 30 Prozent an der Wirtschaftsleistung des Saarlandes – verglichen mit 58 Prozent im Jahr 1952 und 46 Prozent im Jahr 1980. Entsprechend stark ist umgekehrt der tertiäre Sektor, also die Dienstleistungen im weitesten Sinne, in der Vergangenheit gewachsen. Problematisch ist allerdings immer schon die statistische Erfassung der zum Teil sehr heterogenen Dienstleistungsbranchen gewesen. Zwar können auch hier in vielen Fällen die Standardgrößen „Umsatz“ und „Beschäftigte“ als Indikatoren zur konjunkturellen und strukturellen Entwicklung herangezogen werden, so vor allem im Handel, Gastgewerbe und den meisten unternehmerischen Dienstleistungen. Gerade an den Umsätzen des Handels sind konjunkturelle Verläufe deutlich ablesbar, denn je nach wirtschaftlicher Situation schlagen Zu- oder Abnahmen des privaten Verbrauchs, der wichtigsten Komponente bei der Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts, sofort auf den Handelsbereich durch. Aber nicht in allen Branchen fällt Umsatz an, weil er zum Beispiel im Bankenwesen oder bei vielen staatlichen Dienstleistungen kein typisches Merkmal

ist. In solchen Fällen muss die Konjunkturbeobachtung auf Hilfsgrößen umsteigen. Überhaupt war ein Großteil der Dienstleistungen viele Jahrzehnte lang statistisch ein weißer Fleck, weil es nicht möglich war, ein in sich abgestimmtes Erhebungssystem, wie es z. B. die Industriestatistiken darstellen, über den gesamten tertiären Sektor zu stülpen. Das schwerfällige Gesetzgebungsverfahren zur Einführung oder Änderung

amtlicher Erhebungen führte erst im Jahr 2000 zu einem bundesweiten **Dienstleistungsstatistikgesetz**. Zwar sieht dieses Gesetz nur eine relativ kleine Stichprobe in einzelnen Wirtschaftsbereichen vor, dennoch besteht damit erstmals die Möglichkeit, den Dienstleistungsbereich statistisch zu erfassen.